

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Carl Plaul, Dresden, Wallstr. 25.
Druck: Carl Plaul, Dresden, Wallstr. 25.

Bezugs-Gebühr in Dresden u. Umkreis bei halbjährlicher Lieferung monatl. 4,00 Mk., vierteljährlich 13,00 Mk., durch h. Post bei halbjährlicher Lieferung monatl. 4 Mk., vierteljährlich 12 Mk.
Die 10p. Briefe 37 mm breite Zeile 1,00 Mk. Auf fremdsprachigen Anzeigen außer Dresden u. Umkreis monatl. 1 halbe Zeile 25 p. (Zugangsposten laut Zeitl. Standard-Vertrag gegen Voranschlagung. Einzelnummer 20 Pf.)

Schreib- und Anzeigen-Verfahren: Schriftgröße 8/10-12.
Zusatz: Verlag von Neujahr & Reichardt in Dresden.
Druck- und Verlags-Nr. 19 000 000.

Redaktion nur mit deutscher Geschäftsanschrift („Dresdener Nachrichten“) zulässig. — Unverlangte Beiträge werden nicht erwidert.

Projektions-Apparate
In allen Arten und Preislagen
— für Schule und Haus. —
Carl Plaul = Dresden = Wallstr. 25.

Viscifin!
::: kräftigt alle !

F. Hermann Beeg
Dresden-A., Falkenstraße 26
Fernsprecher 19291 und 20491
Feuerverzinkerei.

Der Zwist im Verband.

Äußerungen eines französischen Diplomaten

(Eigenes Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)

Paris, 27. Mai. In der Presse aller Nationen der Verbändlungsstaaten kommt der innere Bruch der früheren Beziehungen in letzter Zeit immer deutlicher zum Vorschein. Ein französischer Diplomat erklärte dem römischen Korrespondenten der Internationalen Press-Union folgendes: Zwischen den Alliierten, und auch innerhalb der Entente kommt dies täglich mehr zur Erkenntnis, sind die Beziehungen, wie sie während des Krieges bestanden haben, aufgelöst. An ihre Stelle sind fortwährend Meinungsverschiedenheiten, Uneinigkeit, Argwohn und Mißtrauen getreten. Das Verhältnis zwischen Amerika und England ist besonders sehr gespannt und unfreundlich, weil Wilson und auch die Mehrheit der Amerikaner offen bekennen, daß England bei der Friedenskonferenz eine Rolle gespielt hat, die ausschließlich darauf gerichtet war, den Böwenanteil der Beute zu sicheln. Man denke nur an die zahllosen Versprechungen, die den kleinen Staaten gemacht wurden. In England spricht man seit Monaten von dem kommenden Krieg zwischen Großbritannien und Amerika. Heute mögen dies politische Phrasen sein, aber sie sind kennzeichnend für die Stimmung unter den beiden größten und stärksten Mächten der Welt, an deren Politik die Abrechnung allein geknüpft ist (und Frankreich?). Das Mißtrauen besteht hauptsächlich auf dem Handelsgebiet, weil jeder der beiden Staaten nur ausführen, aber nicht oder nur wenig einführen möchte. Außerdem kämpfen beide um das Weltmarktmonopol.

Frankreich befindet sich in einer noch ungünstigeren Lage gegenüber Amerika. Wirtschaftlich kann es natürlich nicht gegen Amerika konkurrieren, und die Ursachen der Mißstimmung liegen ausschließlich auf politischem Gebiete. In Amerika wird Frankreich für die Fehler verantwortlich gemacht, die England auf der Friedenskonferenz beging und die Frankreich unter der Clemenceau-Veltung gutheißen mußte. (?) Wir kämpfen um unsere Existenz, um die sich die Verbündeten nicht kümmern wollen.

Die politischen Anhänger Wilsons pflichten auch gegen unfreundlichen Politik gegenüber Italien. Bei obwohl Italiens Schwächen um die Adria-Frage bekanntlich derart sind, daß wirklich keine Regierung sich darauf auf Wilsons Standpunkt stellen kann. Für Italien fällt aber die Diktum Amerikas wie schwerer ins Gewicht, weil es zu den wirtschaftlich schwächeren Ländern gehört, die von Amerikas Kredit und Kredit in erheblichem Maße abhängen. Von seinen bisherigen Freunden kann es ebenso wie Frankreich keine Hilfe erwarten. Die Polemik der französischen Presse gegenüber England ist bekannt. Damit gilt aber auch die Entente als erledigt. Von erheblichen politischen Dingen hingehalten worden, aber Frankreich hielt den Nachkommen nicht für möglich. Jetzt stehen wir vor der Tatsache, daß Englands Weltmachtstellung sich noch mehr ausbreitet, als vor dem Kriege, weil sein

gefühlsreicher Feind ausgeschaltet ist, und der neue bei der weiten Entfernung viel leichter bekämpft werden kann, zumal sich dessen Weltstellung erst aufbauen soll. Bei diesen Dingen tritt ganz Europa nur als Zuschauer auf.

Es gibt zurzeit keinen Staat in Europa, in dem eine starke Mehrheit regieren kann. Überall sehen wir Uneinigkeit in der äußeren Politik. Das Verhältnis Frankreichs zu Italien ist freundschaftlich zu nennen, weil beide Staaten in Zukunft aufeinander angewiesen sind. Wir haben aber ein großes Interesse daran, wie sich Italiens äußere Politik in Zukunft entwickeln wird. Das sie deutschfreundlich wird, was sie zum Teil schon ist, war zu erwarten, infolge der inneren Entwicklung. Auch in Frankreich, besonders im Handel, wächst diese Erkenntnis auf. Der französische Handel ist diesen Dingen gegenüber nicht blind, und es werden starke Anstrengungen gemacht, um die Regierung zu überzeugen, die Feindschaft Deutschlands, die wirklich besteht, zu überbrücken. Von dieser Möglichkeit wird es abhängen, ob die zukünftige Politik auf dem Kontinent von Deutschland, Rußland oder von einem anderen Volk bestimmt wird. Die Klärung wäre im Interesse aller Länder sehr bald erwünscht.

Die Wirtschaftsverhandlungen in Paris.

Genève, 27. Mai. Das „Amsterdamer Handelsblatt“ meldet, daß die Wirtschaftskonferenz in Paris in der Hauptsache deswegen verschoben wurde, um den deutschen Delegierten Gelegenheit zu geben, sich mit ihrer Regierung zu verständigen und auf die Einennung eines deutschen Vertreters der Metallindustrie zu dringen. Die wichtigste Angelegenheit eines solchen Sachverständigen ist, geht aus der Bemerkung des französischen Delegierten hervor, der sagte, daß Deutschland zwar die höchsten Handelssätze über die nötigen Güter erhebt. Die französischen Fabriken dagegen produzierten keinen Stahl und Eisen. Vielleicht ließe sich auf dieser Basis ein Tarifhandelsabkommen.

Ein englisches Urteil über die deutsche Lage.

Amsterdam, 27. Mai. Gardiner schreibt in den „Daily News“ über die Lage Deutschlands u. a.: Augenblicklich geht der Krieg noch weiter. Das deutsche Volk lebt und stirbt noch immer bei halben Rationen von oftmals unbedeutenden Nahrungsmitteln. Es ist noch immer von freiem und gleichem Verkehr mit der Welt abgeschnitten. Diese hoffnungslose Lage darf nicht fortdauern. Wenn Europa eine neue Ära eröffnen soll, muß verhandelt und nicht diktiert werden. (W. T. B.)

Woh droht mit seinem Rücktritt.

Wien, 27. Mai. Nach einer Meldung aus Paris ist Marschall Foch zur Teilnahme an der Konferenz in Spa eingeladen worden. Es verlautet, daß Foch seinen Rücktritt angeboten hat für den Fall, daß die militärischen Sicherungsbestimmungen des Versailler Vertrages fallen gelassen werden sollen.

Das Schicksal Schlesiens.

Kopenhagen, 27. Mai. Einem Telegramm der „Berlingske Tidende“ aus Paris zufolge hat die Vorkonferenz gestern vormittag die Beratungen über die schlesische Frage abgeschlossen. Es steht nun fest, daß die Clausen-Planie mit einer unbedeutenden Änderung die militärische Südgrenze Dänemarks bilden und die zweite Zone an Ostpreußen zurückgegeben wird. Die Frage der Internationalisierung ist bei den Besprechungen der Vorkonferenz gar nicht in Erwägung gezogen worden. (W. T. B.)

Verhinderung von Abstimmungsvorbereitungen im Saargebiet.

Frankfurt a. M., 27. Mai. Wie die „Frankf. Ztg.“ aus Saarbrücken mitteilt, habe die Stadtverwaltung eine Konferenz mit den saarländischen Landräten einberufen, um gemeinsam die Maßnahmen für die Aufstellung der Liste der Stimmberechtigten aufzustellen, die nach fünfzehn Jahren über das politische Schicksal des Saargebietes entscheiden sollen. Der Regierungskommissar verbot die Besprechung. (W. T. B.)

Der internationale Lebensmittelmarkt.

Kopenhagen, 27. Mai. „Politiken“ meldet aus Paris: Anlässlich der großen Geschäftstille auf dem Lebensmittelmarkt in Amerika hat der „Exporteur“ bei bekannten französischen Finanzleuten eine Umfrage veranstaltet. George Levy erklärte, in der ganzen Welt seien größere Lager an Lebensmitteln vorhanden, als irgend jemand ohne. Die Stunde sei nahe, in der diese auf den Markt geworfen werden würden. Die Geschäfte auf dem Lebensmittelmarkt beweisen, daß man jetzt auf dem Punkt angelangt sei, in dem die wirtschaftlichen Gesetze, die durch Spekulation verletzt waren, wieder in normale Bahnen lämen. Die Zeit sei gekommen, wo die Preise wieder normaler würden.

Kraffin in England.

London, 27. Mai. (Monter.) Der Leiter der Delegation der russischen kooperativen Bewegung Kraffin ist heute in Newcastle eingetroffen. (W. T. B.)

Die Niederlage der Polen bei Minsk.

Wien, 27. Mai. Nach hier eingelaufenen Meldungen aus Prag und anderen Orten der Tschechoslowakei wird übereinstimmend berichtet, daß die polnische Desertergarde im Raume von Minsk vernichtend geschlagen sei. Die Eroberung von Minsk durch die Sowjettruppen sei nur eine Frage von Stunden und könne schon jetzt erfolgt sein. Auch im Raume von Wilna wird schwer gekämpft. Über den Bezirk von Wilna ist der Belagerungszustand verhängt worden. Die Polen sind auch hier in bedrängter Lage.

Prag, 27. Mai. Ein Funkpruch aus Moskau meldet neue Erfolge der bolschewistischen Armee gegen die Polen. In der Gegend von Polock haben die Roten Truppen zwei polnische Regimenter zum Rückzug gezwungen. Auch im nördlichen Abschnitt der Kampffront greifen die Roten Truppen mit großen Kräften bestia an und wollen augenscheinlich einen Durchbruch der polnischen Nordfront herbeiführen.

Kowno, 27. Mai. Aus Wilna sind Nachrichten eingetroffen, wonach dort große Unruhe über den Vormarsch der Bolschewiken herrscht. Die Spitäler sind von Verwundeten, die von der Front kommen, überfüllt. Die Behörde erließ an die Bevölkerung einen Aufruf, in dem sie zur Ruhe auffordert und um die jungen Mannschaften die Aufforderung richtet, an die Front zu gehen. Einzelne Verwundeten sind aus Wilna zurückgezogen worden. (W. T. B.)

Rotterdam, 27. Mai. Die „Times“ meldet: Oeffa ist wieder von einer Abteilung der roten Armee besetzt. Die Funkstation Oeffa meldet, die Flotte der Alliierten habe Oeffa verlassen.

Befreiung österreichischer Kriegsgefangener durch die Polen.

Kopenhagen, 27. Mai. Bei der ukrainischen Offensive gelang es den Polen, wie „Berlingske Tidende“ aus Warschau meldet, 25 000 österreichische Kriegsgefangene zu befreien, die jetzt nach Österreich zurückgebracht werden sollen. (W. T. B.)

Fachbeamte oder politische Parteigänger?

Die Mehrheitssozialdemokratie ist eifrig am Werke, in die Verwaltung der Einzelstaaten Persönlichkeiten zu berufen, die den parteipolitischen Stempel der Gesinnungstüchtigkeit tragen, ohne daß danach gefragt wird, ob sie über ein genügendes Maß von fachlicher Vorbildung verfügen. In Preußen vollzieht sich schon seit einiger Zeit ein planmäßiger Landratsstich in diesem Sinne, durch den sozialdemokratische Arbeitersekretäre, Gewerkschaftsbeamte und Redakteure an die Stelle der früheren, noch vom alten Regime inkallierten Inhaber der Landratsämter gelangen, und nunmehr scheint auch die neue sächsische Regierung das preussische Verfahren nachahmen zu wollen, indem sie sich anlehnt, zum Amtshauptmann von Dresden-Kustadt ein nichtfachmännisches Parteimitglied zu ernennen. Daß ein solcher Plan gerade im gegenwärtigen Augenblick geheiht wird, bedeutet im Hinblick auf die unmittelbar bevorstehenden Neuwahlen wohl kaum einen bloß zufälligen zeitlichen Zusammenhang, sondern ruft unwillkürlich die Vermutung nach, daß dabei maßstablose Rücksichten auf die Sonderwünsche gewisser Parteifreie mitfließen. Wie dem auch sei, jedenfalls hat das Bekanntwerden dieser Absicht auf die Beamtenschaft alarmierend gewirkt, und die Ernennungen, die in ihren Kreisen durch das geplante Vorgehen der Regierung nachgerufen worden sind, gelangen in einer Erklärung des gewerkschaftlichen Bundes sächsischer Staatsbeamten zum Ausdruck, die nach Form und Inhalt gleichermaßen als eine sehr würdige, beachtliche und überzeugende Kundgebung bezeichnet werden muß. Der Protest richtet sich gegen das Verfahren, ein Staatsamt, für das Fachkenntnisse und fachliche Schulung unentbehrlich sind, lediglich nach parteipolitischen Interessen zu besetzen. Eine solche Verringerung der Leistungen der staatlichen Fachbeamten müßte die gesamte sächsische Staatsbeamtenschaft in allen ihren Teilen als eine Kränkung ihrer Ehre bewerten. Die Erklärung gipfelt in der Forderung, daß im Interesse des Staatswohles für die Besetzung der Staatsämter ungekürzt bestimmte, die Regierung bindende Grundzüge unter Mitwirkung der Beamtenschaft aufgestellt werden sollen.

Auf mehrheitssozialistischer Seite findet diese in jeder Hinsicht wohl begründete Stellungnahme der sächsischen Beamtenschaft kein richtiges Verständnis. Man weigert gegen den „Geheimratsgeist“, dem sie angeblich entspringen soll, und der nur Leute mit konservativer Gesinnung an Staatsämtern zulassen wolle. Gegenüber diesen Behauptungen sei es nötig, „republikanische Pfeiler“ in der Beamtenschaft zu errichten. Dabei kann sich aber auch die Mehrheitssozialdemokratie nicht der Einsicht verschließen, daß es doch wünschenswert wäre, ein „gewisses Einverständnis“ mit den Staatsbeamten zu erzielen. Wenn freilich versucht wird, das geplante Vorgehen den Beamten dadurch schmählicher zu machen, daß man auf die frühere preussische Uebung verweist, wonach vielfach eingesehene Amtsinhaber die Landratsstellen bekleideten, so kann diese Beweisführung nur zur Unterstützung des Standpunktes der Beamtenschaft dienen; denn gerade die Elemente, auf die hier Bezug genommen wird, waren durch ihre enge persönliche Verbindung mit der Bevölkerung ihres Kreises, durch ihre langjährige Vertrautheit mit allen Bedürfnissen der Gegend und durch ihr psychologisches Verständnis für das Wesen und die Eigenart der ihrer Fürsorge übergebenen Bevölkerung für ihr Amt besonders geeignet und durften in vollem Maße als Fachbeamte gelten.

Es ist grundsätzlich und mit dem Wohle des Staatsganzen, wie die Beamten richtig betonen, nicht vereinbar, wenn die Mehrheitssozialdemokratie im Interesse ihrer Parteiherrschaft den politischen, demokratisch-parlamentarischen Gesichtspunkt auch da in den Vordergrund rückt, wo nach der ganzen Natur der zu besetzenden Staatsämter nur die überragende fachliche Tüchtigkeit in Betracht kommen darf, deren Mangel nie und nimmermehr durch parteipolitische Gesinnungstüchtigkeit ersetzt werden kann. Das demokratisch-parlamentarische Prinzip wird dabei gar nicht in Mitleidenschaft gezogen. Wenn es sich um die Besetzung von Staatsämtern handelt, die mehr einen allgemeinen politischen Charakter tragen, wie die Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers, dann allerdings kann vom Standpunkt des parlamentarischen Systems aus geltend gemacht werden, daß hier in erster Linie die „populäre Sicherheit“ der Kandidaten in politischer Hinsicht gewährleistet werden müsse. Im übrigen aber sind Fachminister, deren Bedeutung in der Tätigkeit zu einer größeren und gewissenhaften Arbeitsleistung innerhalb ihrer Zuständigkeit liegt, mit dem parlamentarischen System nicht nur durchaus vereinbar, sondern sie bilden für jede parlamentarische Regierung genau so gut wie für eine nichtparlamentarische eine unbedingte Notwendigkeit, wenn nicht die ganze Staatsmaschine schließlich durch Beamte, die von ihrem eigentlichen Fach nichts Rechtes verstehen, in Grund und Boden ruiniert werden soll. Man stelle sich nur einmal vor, was in der kritischen Zeit der Um-